

# Gute Schule braucht Raum und Zeit

Es geht um mehr als Auskömmlichkeit

Mehr Zeit für gute Schule heißt für die GEW, den Aufwand der Beschäftigten an Schulen reell zu bemessen und nicht unter den Auskömmlichkeitsvorbehalt des Senats zu stellen. D.h.: die Arbeitszeit, die die Beschäftigten für alle ihnen aufgeladenen Aufgaben (Inklusion, Ganztags, Schulentwicklung, Integration von geflüchteten Schüler\_innen, Teamarbeit usw.) brauchen, muss ihnen auch zur Verfügung stehen und bezahlt werden. Pädagoginnen und Pädagogen arbeiten nicht als Ehrenämter\_innen an den Schulen, sondern es ist Erwerbsarbeit. Es hat nichts mit guter Arbeit zu tun, wenn die Beschäftigten in der Schule häufig nur einen Weg sehen, die gesundheitsgefährdende Belastung zu minimieren, nämlich in Teilzeit zu gehen.

Genauso wichtig für gute Arbeit an Schulen und guter Schule ist ausreichend Raum. Olaf Scholz weckte im Februar 2010 mit einem Gedanken große Hoffnungen: „Die Schulen müssen in schwachen Vierteln Paläste sein“, denn sie seien „das wichtigste Mittel der sozialen Stadtentwicklung“. Ob es allein ausreicht, die Schulen zu Palästen bzw. zu Bildungszentren im Stadtteil zu machen, ist zwar fraglich, wäre aber ein guter Start. Nach der Einrichtung des Landesbetriebs Schulbau und des Musterflächenprogramms für Schulen kommt es aber bei vielen Schulen nach den ersehnten Neubauten zu weniger Schule. Raum geht verloren! Und auch an den vorhandenen Schulen werden die Quadratmeter genau berechnet – egal, ob sie nun

ein großer Flur sind und nicht als Klassen- oder anderweitige Räume zu nutzen sind. Es wird gezählt, gerechnet, und da im Musterflächenprogramm keine Inklusion und kein Ganztags berücksichtigt wurden, gelten einige Schulen raummäßig als zu groß. So sollte zum Beispiel bei der Grundschule Moorflagen (letzte hlz) zur Abmietung eines Gebäudes kommen, das rein rechnerisch „überflüssig“ war. Der Protest der Schule war insofern erfolgreich, als die Abmietung aus Sanierungsgründen bis 2019 verschoben wurde. Und dann wird sicher wieder eine Menge Kraft und Anstrengung von Beschäftigten, Eltern und Schülerinnen und Schülern nötig sein, um die – in diesem Fall für Rollstuhlfahrer\_innen – notwendigen Räume zu sichern.

---

*300.000 Quadratmeter  
fallen weg, obwohl  
10.000 Schüler\_innen in  
Containern unterrichtet  
werden*

---

Wenn wir uns das Musterflächenprogramm ansehen, wird deutlich, wie vorgegangen wird: zwölf Quadratmeter pro Schüler\_in für die Gebäude, 5 Quadratmeter pro Schüler\_in für die Schulhöfe und gerade ein Quadratmeter für jeden Beschäftigten sind festgelegt. Damit fallen 300.000 Quadratmeter weg, obwohl 10.000 Schüler\_innen in Containern unterrichtet werden, obwohl individuelles Lernen, flexible Unterrichtssituationen, Schule als ganzägiger Lebens-

raum und inklusive Schule mehr Platz brauchen; im Übrigen auch mehr Platz für die Beschäftigten nötig ist! In einer Ganztagschule müssen Arbeitsplätze vorgehalten werden. Wie in allen anderen Arbeitsstätten brauchen Schulen Pausen- und in einigen Einrichtungen auch Ruheräume für Beschäftigte. Und jede\_r, der/die Schulen von innen kennt, weiß, dass die meisten Lehrerzimmer nicht diesen Ansprüchen gerecht werden. In Baden-Württemberg wurde nach einer Studie an den Schulen ein Bedarf von mindestens 6-8 Quadratmetern pro Vollzeitbeschäftigtem festgestellt. Dabei werden Räume für Schulleitungen und Verwaltungsaufgaben noch einmal zusätzlich berechnet. Das hieße für Hamburg mindestens eine Verdoppelung der bisher vorhandenen Räume für Arbeit und Pause der Beschäftigten.

Die Haushaltsberatungen für den nächsten Doppelhaushalt 2017/18 beginnen demnächst und das gibt den beiden Regierungsparteien die Möglichkeit ihre Vorhaben zu überdenken und nachzulegen. Nachzulegen im Bereich des Personals, das mehr Zeit braucht! Nachzulegen bei den Schulbauten! Nachzulegen mit einem Musterflächenprogramm, das den tatsächlichen Bedürfnissen der Schulen Rechnung trägt! Es müssen nicht gleich Paläste sein, aber Schulen mit ausreichend Platz, die den Gegebenheiten von Ganztags und Inklusion Rechnung tragen.

ANJA BENSINGER-STOLZE,  
FREDRIK DEHNERDT,  
SVEN QUIRING

# Enger zusammenrücken

Weggespart: Um 10 Prozent reduziert das Gebäude-Management die Fläche pro Schüler\_in: In solchen Schrumpfschulen schrumpft auch der Raum für kreative Pädagogik

Am Beispiel des Schulbaus, einer der größten Baustellen im wahrsten Sinne des Wortes, kann gezeigt werden, wie die Priorität der Schuldenbremse und der mangelnden Einnahmen öffentlicher Mittel eine sinnvolle Raumgestaltung für die Schulen in Hamburg verhindert. Bildungspolitik wird Fiskalpolitik.

Was für eine Gelegenheit, Schule nicht nur neu zu denken, sondern auch neu zu gestalten, böten die Veränderungen hin zu Ganztagschulen und der Inklusion als pädagogisches Prinzip in Hamburg für den Schulbau! Die Schaffung vieler neuer Schulen und die grundlegenden Veränderungen der bestehenden Schu-

len, die jetzt Ganztagschulen werden und allen Kindern und Jugendlichen überall Zugang verschaffen müssen, wäre die Möglichkeit gewesen, die Schule des 21. Jahrhunderts neu zu erfinden. Ebenso erfordert die Öffnung der Schulen zum Stadtteil (nicht umsonst heißen die Stadtteilschulen so) die Möglichkeit, Räume für Begegnungen zu schaffen, sei es für Ausstellungen, Lesungen, Konzerte, Sportereignisse und vieles mehr.

Für all diese wichtigen Aufgaben könnte der Investitionsstau auch im Bereich der Schulen eine günstige Gelegenheit sein, jetzt in großem Stil das in Jahrzehnten vernachlässigte In-

vestieren in Hamburgs Schulen nicht nur quantitativ nachzuholen, sondern auch qualitativ zu neuen Ufern aufzubrechen. Leider ist das nicht absehbar.

## Schulen werden Mieter – Schüler\_Innen werden Zahlen

Mit der Gründung des Sondervermögens Schulbau Hamburg 2010 sollte das Zaubermittel zur kostengünstigen Sanierung gefunden sein. Ein an der Finanzbehörde angesiedeltes Unternehmen übernimmt die Aufgaben der Gebäudeverwaltung und erhält von der Schulbehörde eine Miete. Zugleich wird der Raumbedarf pro Schüler herabgesetzt. Die frei werdenden Räume kön-



Fotos: Stefan Gierlich

Wird hier die Schule des 21. Jahrhunderts neu erfunden?

nen vermietet und freiwerdende Schulgebäude verkauft werden. Die Auslagerung des Schulbaus zum 1. Januar 2010 in das Sondervermögen Schulbau (SV SchuB) hatte noch die frühere schwarz-grüne Landesregierung auf den Weg gebracht. Es ist seitdem wirtschaftlicher Eigentümer aller für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Die Schulen sind als Anlagevermögen mit den zum Stichtag geltenden Buchwerten in das Sondervermögen eingebracht worden.

Damit der gesamte Schulbau in Zukunft noch kostengünstiger wird, gibt es seit 2013 eine Neuorganisation des „Sondervermögens Schulbau Hamburg“. Ziel ist es, bei Sanierung/Neubau und Unterhaltung drastisch zu sparen. In der Behördensprache: „Ziele der Neuausrichtung im Schulbau sind eine effizientere Wahrnehmung der immobilienbezogenen Bau- und Bewirtschaftungsaufgaben und ein effektiverer Einsatz öffentlicher Mittel.“

Das „Sondervermögen Schulimmobilien“, in das die Gebäudeverwaltung der Schulen aus-

gegliedert wurde, ist jetzt für den Schulbau und die Instandhaltung zuständig. Zur Finanzierung von Sanierung und Neubau nimmt es Kredite auf. Es generiert Einnahmen, weil es als Besitzer der Schulgebäude Miete von den Schulen für die genutzten Räume verlangt, deren Höhe nach Quadratmeterfläche und standardisierten Kostenmieten entlang von Gebäudeklassen berechnet wird. Nicht durch die Schulen genutzte, weil nicht bezahlbare Flächen kann das Sondervermögen vermieten bzw. verkaufen. So ist bereits ein Wettbewerb um Filetstücke in guten Hamburger Lagen entbrannt und Schulhöfe werden verkauft, um darauf Wohnungen zu errichten. Schule, wie wir sie bisher kannten, ist damit ans Ende gekommen.

Die Schulen treten in ein Vermieter-Mieter-Verhältnis ein, mit allen Konsequenzen. Alle Schulen sind inzwischen von externen Mitarbeiter\_innen vermessen worden, um zu ermitteln, ob die Schulen mehr Fläche haben, als ihnen aufgrund der Schüler\_innen-Quote von zwölf Quadratmetern zusteht. Das führt dazu, dass jeder Quadratmeter Fläche an Schulen ausgewiesen und ggf. herausgegeben werden muss. Nicht die Bedürfnisse der Schüler\_innen an Raumfläche für ihr Lernen und Leben in der Schule, sondern der Sparzwang diktiert, in welchem Raum Schule stattfinden kann. Das wird in den Schulen verstärkt dazu führen, dass sie bei ihrer Beteiligung am Schulbau angesichts der Mietzahlungen wenig großzügig bei der Flächenplanung vorgehen werden und ebenso bei der Ausstattung. Schon jetzt zeigt sich, dass Küchen und Essräume unter Sparzwang geplant werden. Statt Produktionsküchen werden überwiegend Aufwärmküchen geplant, jeder Quadratmeter zusätzlicher Fläche für Essräume fehlt an anderer Stelle oder muss zusätzlich von der Schule bezahlt werden. Es wird mit 1,2



Hier liegen zwei Schulen zerkrümelt. Raum für's Porsche-Zentrum am Lübecker Tor

Quadratmetern pro Schüler in beim Essplatz und mit dem Essen im Drei-Schicht-Betrieb gerechnet.

Das Musterflächenprogramm für den Neubau von Schulen sieht räumliche Mehrbedarfe für Ganztagschulen nur völlig unzureichend und für die Inklusion gar nicht vor. So ist für „den Bereich der Teamarbeit und der Kommunikation pro Lehrer 1 qm angesetzt“ (Musterflächenprogramm). Hinzu kommt, dass das Musterflächenprogramm „keinen Anspruch auf sofortige bauliche Veränderungen in den Schulen aus(löst). Anpassungen können nur langfristig im Rahmen von Zu- und Neubauten und von größeren Sanierungsmaßnahmen erfolgen.“ Je nach Platz auf der Prioritätenliste müssen Schulen u.U. bis zum Jahr 2027 warten, um dem Musterflächenprogramm entsprechende Räumlichkeiten zu erhalten.

### Provisorien auf Jahrzehnte

Laut Berechnungen des Landesrechnungshofs gibt es einen Sanierungs- und Neubedarf an Schulgebäuden in Hamburg von mehr als vier Mrd. Euro. Der Senat hat beschlossen, bis 2019 ca. zwei Mrd. Euro in etwa gleichen Teilen in die Sanierung und den Neubau zu investieren. Damit wäre dann die Hälfte des Bedarfs der Schulen in Hamburg gedeckt. Die folgenden zwei Mrd. Euro sind bis 2027 in Aussicht gestellt. Bis 2019 sollen mehr als 1.600 Unterrichtsräume und 170 Kantinen gebaut werden. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass wegen steigender Schüler\_innenzahlen und schnellerem Ganztagschulausbau als prognostiziert diese Vorhaben nicht bedarfsgerecht sind. Hinzu kommt, dass viele Investitionen in Schule bis 2027 aufgeschoben werden – mit Provisorien, Baumaßnahmen und unzureichender räumlicher Situation müssen die Schulen also noch weitere vierzehn Jahre leben. Noch schwerer

ist das Problem zu lösen, wie angesichts der durch den Senat selbst befürworteten Schuldenbremse und der Haushaltsdeckelung die Investitionen in Schule finanziert werden sollen.

Selbst diese riesigen Investitionsvorhaben stehen unter dem Sparzwang der Regierung. Neben dem Lernen in mobilen Containern, die als Klassenräume genutzt werden und in denen heute bereits 10.000 Hamburger Schüler\_innen lernen, sind die Einsparung von Schulflächen und die Reorganisation der Gebäudeverwaltung die Hebel, um Schulbau billig zu machen. Bei der beschlossenen „Neuausrichtung von Bau und Bewirtschaftung der staatlichen Schulimmobilien“ werden pro Schüler\_in zwölf Quadratmeter Fläche kalkuliert, fünf Quadratmeter pro Schüler\_in an Schulhoffläche. Das bedeutet eine Reduzierung der Flächen gegenüber dem heutigen Stand von ca. 10 Prozent.

### Bildung braucht Raum

Einerseits begrüßte die GEW, dass erstmals ein umfassender konkreter Plan für Bewirtschaftung, Unterhaltung und Sanierung der Hamburger Schulen entwickelt wurde, bei dem konkrete Zeitpläne und der Einsatz finanzieller Mittel relativ detailliert vorgelegt werden. Andererseits stellte sie fest, dass zur Euphorie dennoch kein Grund besteht. Zu lange sind Investitionen in den Schulbau in der Vergangenheit ausgeblieben, als dass nun große Schritte in die richtige Richtung erwartet werden könnten. Finanz- und Schulbehörde haben selbst angemerkt, dass der „Sanierungsstau noch Jahre bestehen bleibt.“ Der ganz überwiegende Teil der notwendigen Baumaßnahmen wird viele Jahre auf sich warten lassen, auch weil zu den Jahresangaben der Schulentwicklungsplanung realistisch zwei bis drei Jahre für konkrete Bauplanungen bis zur Inbetriebnahme hinzugerechnet



**Provisorien im Schulbau:  
Da liegen die Nerven blank**

werden müssen. Es wird vom Senat also erwartet, dass ein großer Teil der Schulen noch über viele Jahre in „Provisorien“ und Notlösungen verharren muss. Die uns anvertrauten jungen Menschen sind aber keine „Provisorien“, sie haben jetzt Anspruch auf umfassende Bildung in einem angemessenen lernförderlichen Umfeld. Davon kann an sehr vielen Schulen auf absehbare Zeit keine Rede sein. Die GEW fordert daher, den Mitteleinsatz in den nächsten Jahren deutlich zu erhöhen.

Schon heute ächzen viele Schulen unter den Bedingungen räumlicher Enge. Der Weg, der beim Schulbau in Hamburg beschritten wird, lässt befürchten, dass Schüler\_innen und Personal an Hamburgs Schulen in Zukunft noch enger zusammenrücken müssen.

REFERAT B Bildungspolitik und  
REFERAT C Bildungsfinanzierung